

MEINUNGSBÖRSE

Lebensversicherer
Gut so
HANNES KOCH

Viele Kunden der Lebensversicherungen können aufatmen. Der Bund reagiert auf die teilweise gewaltigen Verluste für Kunden, deren Vertrag bald ausläuft und begrenzt deren Einbußen. Das Finanzministerium wählt dabei einen vernünftigen Mittelweg zwischen den Interessen aller Inhaber von entsprechenden Policen und der vergleichsweise kleinen Gruppe von Betroffenen. Das ist ein selbsterhellendes Beispiel für die Lernfähigkeit, die durch die Beschwerden vieler Versicherter in den letzten Wochen ausgelöst wurde. Inhaltlich hätte die Bundesregierung durchaus hart bleiben können. Denn die kleine Kundengruppe, um die es geht, profitiert nun in großem Maße von den niedrigen Zinsen am Markt.

Das geht zu Lasten aller anderen Besitzer einer Police. Doch wurde weder die Höhe der möglichen Abschläge frühzeitig dargelegt, noch ein vernünftiger Zeitrahmen für die Umsetzung der Neuregelung gesetzt. So hatten die meisten Betroffenen praktisch keine Chance mehr, ihre Interessen rechtzeitig wahrzunehmen. Das aber sollte eine Mindestanforderung an Politik sein. Insofern muss sich die Koalition den Vorwurf des Versuchs einer Nacht-und-Nebel-Enteignung gefallen lassen, auch wenn das Vorhaben selbst in sich selbst korrigiert worden. Und das ist auch gut so.

hannes.koch@
ihr-kommentar.de

Facebook-Nutzer verlieren Mitspracherecht

■ Berlin (dpa). Die Facebook-Nutzer werden ihr Mitspracherecht bei Regel-Änderungen verlieren. Facebook kann das bisherige Abstimmungsverfahren wie geplant abschaffen. An der wohl letzten Nutzer-Abstimmung beteiligten sich nur 668.872 Mitglieder. Das entspricht einem Anteil von weniger als 0,07 Prozent. Damit das Ergebnis einer Abstimmung für das Netzwerk bindend ist, wäre eine Beteiligung von mindestens 30 Prozent erforderlich.

Deutsche horten Gold

■ Düsseldorf (AFP). Die deutschen Privathaushalte besitzen laut einer Studie der Steinbeis-Hochschule Gold im Wert von 393 Milliarden Euro. Jeder Erwachsene besitzt demnach im Schnitt 55 Gramm Goldschmuck und 62 Gramm Barren und Münzen. Neben Goldschmuck, Barren und Münzen geht das Gold noch über Wertpapiere in die private Eigentumsbilanz ein. Gold habe damit einen Anteil von 3,9 Prozent am Gesamtvermögen.

P+S-Werft geht an Lürssen

■ Wolgast (dpa). Im Kaufverfahren um die insolvente P+S-Werft in Wolgast in Mecklenburg-Vorpommern bekommt voraussichtlich die als Favorit gehandelte Bremer Lürssen-Werft den Zuschlag. Die Werft hat das beste Angebot vorgelegt. Danach wolle die Werft mehr als 350 von einst rund 540 Arbeitsplätzen erhalten. Lürssen ist wie die Wolgaster P+S-Werft im Marineschiffbau tätig. Am 17. Dezember soll der Gläubigerausschuss entscheiden.

Lebensversicherung:
Verlust wird begrenzt

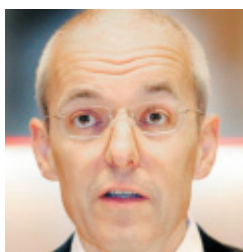
Neuregelung soll Auswirkung des Gesetzes dämpfen

VON HANNES KOCH

■ Berlin. Die möglichen Einbußen bei der Auszahlung von Lebensversicherungen sollen geringer ausfallen als befürchtet. Das Bundesfinanzministerium will den Verlust der Versicherten auf maximal fünf Prozent der Ablaufleistung ihrer Lebensversicherung begrenzen. Dies legt eine Ministerverordnung fest, die wie die Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes am 21. Dezember in Kraft treten soll. In den vergangenen zwei Wochen hatte es Aufregung um die sogenannten Bewertungsreserven von Lebensversicherungen gegeben, die die Unternehmen zum Ende der Vertragslaufzeit an ihre Kunden ausschütten müssen. Während die Firmen bislang 50 Prozent dieser Reserven an ihre Kunden auszahlen, soll dieser Anteil ab 21. Dezember per Gesetz reduziert werden. Dadurch hätten manche Versicherten einen Verlust von bis zu zehn Prozent der Auszahlungssumme erlitten. Jetzt will die Re-

gierung den Abschlag auf maximal fünf Prozent begrenzen. Bewertungsreserven bei Lebensversicherungen entstehen dadurch, dass die Unternehmen alte, festverzinsliche Wertpapiere mit hohen Zinssätzen in ihren Büchern haben, deren Kurse angesichts der augenblicklich niedrigen Zinsen weit über dem Nominalwert liegen. Dieser Kursgewinn müsste eigentlich zur Hälfte an Versicherte ausgeschüttet werden, deren Verträge in den kommenden Monaten zur Auszahlung kommen. Dies könnte den ohnehin geschwächten Lebensversicherungen allerdings Probleme bereiten. Die Regierung will das Gesetz deshalb ändern. Die Bewertungsreserven machen nach Darstellung des Finanzministeriums nur ungefähr fünf Prozent des Auszahlungsbeitrages von Lebensversicherungen aus. Die hauptsächlichsten Bestandteile – die Garantieleistung und die Überschussbeteiligung – sind von der Änderung nicht betroffen und fließen ungeschmälert. > Meinungsbörse

PERSÖNLICH



Johannes Huth (52), Europacef des US-Finanzinvestors und neuen WMF-Hauptaktionärs KKR, wird Aufsichtsratschef des Haushaltsgeräteherstellers. Huth war wie zwei weitere KKR-Vertreter im Oktober bereits in den Aufsichtsrat gewählt worden. Er löst den bisherigen Aufsichtsratschef Stefan Feuerstein ab, der zugunsten von KKR zurückgetreten war. FOTO: DPA



Markus Söder (45), bayerischer Finanzminister, fürchtet im Fall einer Erweiterung der Euro-Zone einen Machtverlust der Bundesbank in der Europäischen Zentralbank. Besorgt ist er wegen der Folgen des geplanten Rotationsverfahrens, das nach dem Beitritt von zwei weiteren Staaten zum Euro die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder im EZB-Rat begrenzt. FOTO: DPA

Verlierer zu Gewinnern machen

Tipps für Firmen in der Krise

Die Zeiten sind hart. Für Unternehmer, die nicht wissen, wie sie ihre Firma über Wasser halten sollen. Und erst recht für Mitarbeiter, die scheinbar aus heiterem Himmel mit der betriebsbedingten Kündigung konfrontiert werden. Doch es gibt Wege, den Abstieg beim Personalabbau abzufedern. „Trennungen“ müssen aktiv gemanagt werden.

VON STEFANIE TERSCHÜREN

■ Paderborn. Die Unternehmensberatung DIVICOR GmbH aus Paderborn beschäftigt sich seit mehr als 20 Jahren mit Fragen des Personalmanagements. Geschäftsführer Karl-Georg Rütten entwickelte das sogenannte „erweiterte Trennungsmanagement“ mit dem Ziel, Lösungen für alle Betroffenen zu finden, die sie zufrieden stellt. „Auf die Frage, was ich beruflich mache, kommt mir eine Definition ganz spontan in den Sinn – Betriebsseelsorger“, sagt der 52-Jährige. „Ich möchte aus vermeintlichen Verlierern Gewinner machen.“ Wenn ein Unternehmen in eine Krise gerate, würden oft nur direkte Kosten wie Abfindungen, Anwalts- und Prozesskosten gesehen. Ausgeblendet werden indirekte Kosten, die durch Demotivierung, Imageverlust und unerwünschte Fluktuation entstehen, weil Mitarbeiter, die gehalten werden sollten, gehen und ersetzt werden müssen.

»Zerstörerische Kräfte«

„Fehlt zudem eine strategische Neuausrichtung, sind nachhaltig zerstörerische Kräfte am Werk“, ist Rütten überzeugt. Der Unternehmensberater war früher katholischer Priester, schied wegen des Zölibats aus und ist jetzt Alt-Katholischer Priester im ehrenamtlichen Nebenberuf. Sein Ansatz: Einvernehmliche Trennungen.

Das von ihm entwickelte „erweiterte Trennungsmanagement“ hat viele Vorteile. Die lassen sich beziffern, die Kosten können ein Drittel niedriger liegen, als beim konventionellen Vorgehen, so Rütten Erfahrung. Zur DIVICOR-Strategie gehören Instrumente zur Vermeidung oder Reduzierung von hartem Personalabbau, wie Trennungs- und Folgegespräche sowie Personalentwicklung für Verbleibende. Positive Nebeneffekte sind ein Vertrauens- und Wissenserhalt. Das Unternehmen behält seine Attraktivität als Arbeitgeber.

Siegfried Backes von der PersonalTransfer GmbH in Berlin hat selbst ein Buch zum Thema Transfergesellschaften geschrieben. „Anders als noch Mitte der 90er Jahre, als man erst aktiv wurde, wenn jemand arbeitslos wurde, wird heute präventive Arbeitsmarktpolitik betrieben“, erklärt Backes. Er ist überzeugt, dass Transfergesellschaften schneller auf Gegebenheiten rea-



Marsch in trübe Zukunft: Arbeitsplatzverlust empfinden viele Betroffene als harten Absturz. FOTO: DPA



Berater: Karl-Georg Rütten.

Ein Betreuer für 50 Betroffene

■ Transfergesellschaften sind vor allem wegen der Verquickung mit anderen Einkommensquellen wie Weiterbildung umstritten. Wie negativ sich ein solcher „Beziehungsmarkt“ auswirken kann, ist seit dem Fall Opel 2006 bekannt, der als „Pfort-

nertransfergesellschaft“ bezeichnet wurde. Die zu Vermittelnden gaben ihre Unterlagen im Eingang ab und hörten nie wieder etwas. Der Gesetzgeber wurde daraufhin aktiv und bestimmte, dass ein Betreuer für maximal 50 Leute zuständig sein darf.

gieren können als Arbeitsagenturen. In der Regel finanziert der Verzicht auf einen Monat Kündigungsfrist zwei Monate Transfer. „Unsere Arbeit ist präzise“, verspricht Backes. Ein Beispiel: ein Fleischermeister sucht eine Fachverkäuferin. Auf der anderen Seite gibt es 20.000 freigesetzte Schlecker-Verkäuferinnen. Beide Welten zusammenzubringen, ist nicht einfach. Meist hilft ein Praktikum, Vorbehalte auf beiden Seiten abzubauen. „Wir schaffen keine Arbeitsplätze, können aber eher verdeckte Arbeitsplätze aufspüren

als der einzelne Betroffene.“ Martin Schneider hat den Lehrstuhl für Personalwirtschaft an der Universität Paderborn inne. Arbeitsverträge unterscheiden sich in ihrer Komplexität von anderen Verträgen, erklärt er. „Kein Arbeitnehmer weiß, wie der Preis seiner Arbeit im nächsten Jahr aussehen wird und der Arbeitgeber andererseits vertraut darauf, dass sein Mitarbeiter die Leistung weiter erbringen kann“, so Schneider. Werden Mitarbeiter entlassen, erschüttere dies den psychologischen Vertrag.

Dass es auch anders gehen kann, zeigt ein spezielles, wenn auch wissenschaftlich nicht repräsentatives Projekt. „Im vorliegenden Fall wurde die Zeit der Kurzarbeit intensiv dazu genutzt, Mitarbeiter weiterzubilden. Es wurde niemand entlassen“, erklärt Schneider. Aus ökonomischer Sicht verbesserte die höhere Qualifizierung die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Tatsächlich werde die Weiterbildung als Unterstützung und Förderung wahrgenommen und mit Loyalität belohnt. Die meisten Mitarbeiter blieben.

IG Metall sieht „offene Kampfansage“ von Opel

Bundeswirtschaftsminister Rösler wirft Mutterkonzern GM gravierende Management-Fehler vor

■ Bochum/Frankfurt (dpa). Widerstand gegen das Ende der Opel-Produktion in Bochum: Gewerkschaften und Betriebsrat wollen die bittere Pille nicht schlucken, die das Management am Montag verkündet hatte. „Die IG Metall akzeptiert eine Schließung des Standortes Bochum nicht“, sagte Gewerkschaftsleiter Berthold Huber. Der Bochumer Opel-Betriebsratschef Rainer Einkenel kündigte an, für den Erhalt der Produktion in der Ruhrgebietsstadt zu kämpfen. „Das sind wir auch den Menschen schuldig und das sind wir dieser Region schuldig“, sagte er im ZDF.

Auf einer Belegschaftsversammlung hatte Interimschef Thomas Sedran am Montag angekündigt, dass in Bochum nur noch bis 2016 Opel-Fahrzeuge vom Band laufen sollen. Die schwache Nachfrage mache diesen Schritt erforderlich. Das bedeutet zwar nicht das Aus des Au-

tobauers an dem 50 Jahre alten Standort im Ruhrgebiet. Aber 3.000 Jobs stehen auf der Kippe. „Wenn Opel dort jetzt ersatzlos alle Produktionsarbeitsplätze abbauen will, ist das eine offene Kampfansage an uns“, sagte Huber. GM müsse endlich eine tragfähige Gesamtlösung für Opel in Deutschland vorlegen, sonst gebe es einen offenen Konflikt. „Solange nichts auf

dem Tisch liegt, leisten wir Gegenwehr.“ Nur einzelne Mitarbeiter haben im Opel-Werk Bochum gestern die Arbeit niedergelegt. Ein Opel-Sprecher sagte dazu nur: „Die Produktion läuft.“ Am Morgen nach der Hiobsbotschaft waren die Opelaner weitgehend wortlos und gesenkten Hauptes zur Frühschicht gegangen. Bei vielen Mitarbeitern wa-



Wütend, traurig und besorgt: Im Opel-Werk in Bochum wurde gestern weitgehend normal produziert. FOTO: DPA

ren Frust und Wut der Resignation gewichen. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) warf dem Opel-Mutterkonzern GM gravierende Management-Fehler vor. „Ich bin sauer, gerade weil das Unternehmen Fehler gemacht hat, auch beim Umgang mit den Mitarbeitern in der Vergangenheit.“ GM müsse sich fragen lassen, ob der Konzern in der Vergangenheit alles Notwendige getan habe, um das Aus für Bochum zu verhindern. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Wolfgang Schäfer-Klug kritisiert, dass das Management in sechs Verhandlungsmontaten noch keine belastbaren Zukunftspläne für die deutschen Standorte vorgelegt habe. Allzu viele Druckmittel etwa mit Warnstreiks haben die Arbeitnehmervertreter in Bochum derzeit allerdings nicht: Für das Werk ist im Januar ohnehin Kurzarbeit angemeldet.

Wagner ruft Pizzen zurück

■ Nonnweiler (dpa). Wegen versehentlich eingebackener Metallteile ruft der Tiefkühlhersteller Wagner vorsorglich rund neun Millionen Pizzen zurück. Ein Kunde hatte auf einen etwa 2 Zentimeter großen Edelstahlstift gebissen und sich Ende vergangener Woche gemeldet, sagte ein Unternehmenssprecher am Dienstag. Es habe sich um ein kleines Bauteil aus einer Mehlschneidemaschine gehandelt. Noch ein weiterer Verbraucher habe ein Metallteil entdeckt. Akute Gefahr bestehe jedoch nicht. „Unsere Produktqualität ist uns sehr wichtig. Deshalb haben wir uns schnell entschieden, die Pizzen vorsorglich zurückzurufen“, sagte der Sprecher der Nestlé-Tochter.

Rückkauf teurer als geplant

■ Athen (rtr). Mit dem Rückkauf von Staatsanleihen kann Griechenland seinen Schuldenberg nicht ganz so deutlich abtragen wie geplant. Athen habe bei dem Schuldentrückkauf zwar Anleihen im Nennwert von 31,8 Milliarden Euro statt der angepeilten 30 Milliarden angedient bekommen, sagte ein Vertreter der Währungsgemeinschaft. Bei dem Geschäft hätten sie aber tiefer in die Tasche greifen müssen als vorgesehen. Damit könne die Schuldenquote im Verhältnis zur Wirtschaftskraft bis 2020 auch auf 126,6 Prozent und nicht auf die geplanten 124 Prozent gesenkt werden.

HSBC zahlt Rekordstrafe

■ London/Washington (dpa). Die britische Großbank HSBC kann den Geldwäsche-Skandal in den USA gegen Zahlung einer Rekordstrafe beilegen. Die US-Behörden haben sich mit der Bank auf die Summe von 1,92 Milliarden US-Dollar (1,5 Mrd. Euro) geeinigt, wie das Geldhaus mitteilte. Dies ist die höchste Strafsumme, die ein Unternehmen wegen Geldwäsche-Vorwürfen bisher bezahlen musste. Konkurrent Standard Chartered muss wegen unerlaubter Geschäfte mit Iran insgesamt 667 Millionen Dollar zahlen. Der niederländische Konzern ING musste wegen vergleichbarer Vorwürfe 619 Millionen Dollar aufwenden.

Mieter muss für Bohrlöcher zahlen

■ Berlin (dpa). Spiegel, Handtuchhalter oder Duschvorhangstange dürfen im Badezimmer nicht fehlen. Beim Anbringen sollten Mieter aber aufpassen: Durchbohren sie dafür die Fliesen und nicht nur die Fuge, müssen sie dem Vermieter Schadenersatz zahlen. Das entschied das Amtsgericht Berlin-Köpenick (Az.: 4 C 64/12). In dem verhandelten Fall hatte eine Mieterin unter anderem die Fliesen im Badezimmer angebohrt, um die notwendigen Einrichtungsgegenstände anzubringen. Die Vermieterin wollte diese und andere Schäden mit der Kautionsverrechnung. Dagegen wehrte sich die Mieterin und zog vor Gericht.

Dank ist nicht verpflichtend

■ Erfurt (dpa). Beschäftigte haben keinen Anspruch auf Dank und gute Wünsche im Arbeitszeugnis. Aussagen über persönliche Empfindungen des Arbeitgebers gehörten nicht zum notwendigen Inhalt eines solchen Zeugnisses, stellte das Bundesarbeitsgericht in Erfurt klar (9 AZR 227/11). Firmenchefs seien gesetzlich nicht dazu verpflichtet, Arbeitnehmern für ihre geleisteten Dienste zu danken, deren Ausscheiden zu bedauern oder ihnen für die Zukunft alles Gute zu wünschen.